

GENERAÖSYNODE DER KIRCHE VON ENGLAND BEFASST SICH MIT KAIROS-DOKUMENT

Von [James Macintyre](#) und [Amelia Braddick](#)

13 Juli 2026

Die Generalsynode hat nach stundenlangen hitzigen Debatten und verfahrenstechnischen Verzögerungen beschlossen, ein Dokument zu „behandeln“, in dem Israel als „koloniales Unterfangen“ beschrieben wird, das einen „Völkermordkrieg gegen den Gazastreifen“ geführt habe.

Ein Antrag der Diözesansynode von Carlisle, in dem die Unterstützung der Kirche für das palästinensische Volk betont wurde, wurde am Montag abgeändert und angenommen, obwohl der Oberrabbiner Sir Ephraim Mirvis und der Rat der britischen Juden die Kirche aufgefordert hatten, die Behandlung des Dokuments abzulehnen.

Die Debatte war am Vorabend unter dem Unmut der Anwesenden und einigen „Schande!“-Rufen vertagt worden, als die Zeit abgelaufen war.

Die Synode hörte sich ein breites Spektrum an Meinungen an, darunter auch unterstützende Wortmeldungen der Erzbischöfin von Canterbury und der Bischöfin von Gloucester, der Hochwürdigen Rachel Treweek. Als der Erzbischof von York die Sitzung am Sonntag um 21.45 Uhr mit einem Gebet und einem Segen beendete, räumte er die „Frustration im Saal“ ein.

Später am Abend teilten Quellen aus dem Church House jedoch mit, dass am Montagmorgen Zeit für eine Abstimmung gefunden werden würde. Mitglieder, darunter auch Bischöfe, die den Antrag befürworteten, erklärten, dass eine Pause vor der Abstimmung nach reiflicher Überlegung ihrer Sache dienlich sein könnte.

Zu den Unterlagen, die dem Antrag beigelegt waren, gehörte auch „A Moment of Truth: Faith in a time of genocide“ (dt.: „Ein Moment der Wahrheit: Glaube in Zeiten des Völkermords“), bekannt als „Kairos II“.

Sir Ephraim erklärte letzte Woche, das Dokument bediene sich „extremer Rhetorik, um das Konzept eines jüdischen Staates an sich in Frage zu stellen“, und es bestehe die Gefahr, dass dadurch „Jahrzehnte sorgfältiger Beziehungsarbeit“ zwischen Christen und Juden „untergraben“ würden.

Das Dokument erschien erstmals im Jahr 2025 und wurde gemeinsam mit dem Rektor von St. Andrew's in Ramallah, Pfarrer Fadi Diab, verfasst, der an der Synode in York teilnimmt (Nachrichten, 10. Juli). Es war eine Reaktion auf die Ereignisse in Gaza nach den Gräueltaten in Israel am 7. Oktober 2023 und fordert eine dringende weltweite christliche Reaktion. Es wurde Anfang dieses Monats von der Methodistenkonferenz gebilligt.

In ihrem Beitrag zur Debatte sagte Erzbischöfin Mullally unter Bezugnahme auf ihre Pilgerreise ins Heilige Land im vergangenen Monat: „Die Angst war bei allen, denen wir begegnet sind – Palästinensern wie Israelis –, deutlich zu spüren. Von Gaza bis in den Norden Israels, vom Südlibanon bis zum Westjordanland: Die Menschen in der gesamten Region sind durch die anhaltenden Konflikte traumatisiert.“

Zu „Kairos II“ sagte die Erzbischöfin: „Dieses Dokument spiegelt den Schmerz und das Trauma des palästinensischen Volkes wider.“ Sie erklärte, dass sie „als Seelsorgerin“ den Schrei der Palästinenser gehört habe. Die Kirche müsse schwierige Gespräche führen, sagte sie, „und das Risiko eingehen, über Grenzen hinweg in Dialog zu treten“. Sie dankte dem Oberrabbiner und dem Board of Deputies für ihre Ehrlichkeit und verwies auf „den abscheulichen Anstieg des Antisemitismus“ in diesem Land.

„Wenn wir uns die eindringlichen Schilderungen der Lebenserfahrungen der palästinensischen Christen anhören, bedeutet das nicht, dass wir mit allem in diesen Dokumenten einverstanden sind, aber es bedeutet, dass wir ihnen mit Mitgefühl und Solidarität zuhören angesichts der vielen Ungerechtigkeiten, denen sie ausgesetzt sind“, sagte sie.

„Ich bin Pastorin, keine Politikerin. Wenn ich sage, dass das palästinensische Volk seine Freiheit verdient, dann ist das keine politische, sondern eine moralische und spirituelle Aussage.“

Sie schloss mit den Worten: „Synode, lasst uns diesem Aufruf zum Gebet und zur aktiven Solidarität folgen.“

Der Antrag wurde vom Erzdiakon von West Cumberland, dem Ehrwürdigen Stewart Fyfe (Carlisle), eingebracht. In seiner ursprünglichen Fassung sah der Wortlaut vor, das Kairos-Dokument „anzunehmen“, doch nachdem Änderungen angenommen worden waren, lautete der endgültige Antrag, über den die Synode abstimmte, darauf, es „anzuhören“.

Archidiakon Fyfe bestritt, dass er die Synode darum gebeten habe, die Ansichten von „Kairos II“ zu unterstützen; es gehe vielmehr darum, „aus tiefstem Herzen die gelebte Erfahrung der palästinensischen Kirche zum Ausdruck zu bringen“ und Sorge sowohl um „die jüdische als auch um die palästinensische Bevölkerung“ zu zeigen.

Als er letzte Woche gegenüber der „Times“ über seinen Antrag sprach, sagte er: „Wir haben ganz bewusst die Begriffe ‚Völkermord‘ oder ‚Apartheid‘ vermieden; wir haben dazu kein Urteil gefällt. Wir sagen: ‚Lasst uns zumindest diese Dokumente lesen, lasst uns anhören, warum sie das sagen, und lasst uns versuchen, ein Verständnis dafür zu entwickeln.‘“

Sein ursprünglicher Antrag sah neben der „Entgegennahme“ des Dokuments vor, „die Mitglieder auf allen Ebenen dazu anzuregen, sich mit diesen Dokumenten auseinanderzusetzen, um ein besseres Verständnis der Situation zu erlangen“.

Der Oberrabbiner erklärte, Kairos II biete „eine einseitige Darstellung eines komplexen Konflikts, spiele die historischen Erfahrungen und berechtigten Sorgen des jüdischen Volkes herunter und sei kaum mehr als politischer Aktivismus, der als Theologie getarnt sei“.

Er fuhr fort: „Zwar ist es wichtig, das Leid der palästinensischen Christen anzuerkennen, doch tut dieses Dokument dies auf eine Weise, die der Sache des Friedens nur schaden kann. Es ist wirklich schockierend, dass ein Dokument, das vorgibt, im Namen der Wahrheit zu sprechen, so viel Unwahrheit enthält – indem es mit extremer Rhetorik das Konzept eines jüdischen Staates infrage stellt und sich gegen bestehende Friedensabkommen in der Region wendet.“

„In einer Zeit, in der die christlich-jüdischen Beziehungen Feingefühl, Vertrauen und die Bereitschaft erfordern, sich mit komplexen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, läuft Kairos II Gefahr, jahrzehntelange Bemühungen um den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu untergraben. Sinnvolle Fortschritte beginnen damit, dass die Würde, die Hoffnungen und das Leid aller Völker anerkannt werden. Kairos II entfernt uns weiter von diesem Ziel, statt uns ihm näherzubringen.“

Daraufhin erklärte Pater Diab gegenüber der „Church Times“: „Die Einmischung des Oberrabbiners, der die Church of England dazu drängt, das Kairos-Dokument nicht zu diskutieren, wirft daher wichtige Fragen auf. Die Botschaft lautet, dass die Church of England nicht auf die einheimischen christlichen Gemeinschaften im Heiligen Land hören darf, deren Mitglieder seit Generationen unter Besatzung leben und deren theologisches Zeugnis inmitten täglicher Entbehungen geschmiedet wurde.“

Der Rat der britischen Juden veröffentlichte ein Informationspapier für die Synodalen, in dem er seine Bedenken hinsichtlich des Kairos-II-Dokuments darlegte. Nach Ansicht des Rates hätte dieses negative Auswirkungen auf die britischen Juden und die jüdisch-christlichen Beziehungen, und die Kairos-Dokumente, insbesondere Kairos II, verbreiteten eine „giftige“ Darstellung der Juden, die Konflikte weiter schüren würde.

In der Stellungnahme hieß es, der Vorstand „erkennt die Beweggründe der Kirchenmitglieder an, Solidarität mit den Palästinensern zu bekunden und ihren Stimmen unter den derzeitigen verheerenden Umständen Gehör zu verschaffen“, und dass er „zugleich Extremismus und Gewalt, sei es von israelischer oder palästinensischer Seite, verurteilt und alle Bemühungen zur Förderung von Frieden und Sicherheit für beide Völker unterstützt“.

Es wurde jedoch argumentiert, dass die „falschen und zerstörerischen Behauptungen in Kairos II den jüdischen Glauben, die jüdische Identität und die historische Erfahrung der Juden ausblenden und verzerren“.

Weiter hieß es: „Der Vorstand fordert die Kirche auf, neben den Stimmen der Palästinenser auch die Stimmen der Israelis und Juden in Großbritannien und auf der

ganzen Welt anzuhören und den Stimmen des Friedens und der Versöhnung Gehör zu verschaffen.“

Dennoch diskutierten die Mitglieder über den Antrag, in dem die Kirche aufgefordert wird, Solidarität mit den palästinensischen Christen zu zeigen, „den Verlust von Menschenleben auf israelischer und palästinensischer Seite zu beklagen“ und „Antisemitismus [und] Vorurteile gegenüber Muslimen abzulehnen“.

Bischof Treweek sagte: „Diese Berichte als irgendwie aufrührerisch abzutun, wäre arrogant und respektlos. Unsere palästinensischen Brüder und Schwestern würden dies als Sünde auffassen, ihnen in einer Zeit den Rücken zu kehren, in der sie ohnehin schon Verzweiflung und Verlassenheit empfinden und in der ihr Leben bereits durch die Machthaber beeinträchtigt wird.“

Der Bischof von Southwark, der hochwürdige Christopher Chessun, erklärte bei seiner letzten Veranstaltungsreihe vor seinem Eintritt in den Ruhestand, es reiche nicht aus, die Berichte palästinensischer Christen zur Kenntnis zu nehmen: Ihre Notlage müsse „gehört“ und „benannt“ werden. Jeder Versuch, Kairos II aus dem Antrag zu streichen, würde ein gefährliches Signal senden, sagte er. Er wolle nicht, dass Israel „sein eigener schlimmster Feind“ werde.

In der am Montag fortgesetzten Debatte wies der Bischof von Blackburn, der hochwürdige Philip North, darauf hin, dass der soziale Zusammenhalt untergraben würde, sollte der Antrag angenommen werden. „Ich liebe die palästinensische Kirche von ganzem Herzen. Ich habe sie schon oft besucht. Ich bete für sie, höre mir ihre Geschichten an und lerne von ihrem Mut. Aber ich höre auch den Schrei meines örtlichen Rabbiners, dessen bester Freund in Manchester bei einem antisemitischen Anschlag ermordet wurde“, sagte der Bischof. Die Abstimmung bringe ihn und andere „in eine schwierige Lage“.

In seinem Interview mit der „Church Times“ in der vergangenen Woche erklärte Pater Diab, die britische Regierung sei in den Nahostkonflikt „verwickelt“ und „im Rahmen ihrer historischen Rolle dazu verpflichtet“, das palästinensische Volk zu unterstützen und zur Beendigung der israelischen Besatzung beizutragen (Nachrichten, 10. Juli).

Er bezog sich auf die Balfour-Erklärung, in der der Außenminister Arthur Balfour 1917 in einem Schreiben an Lord Rothschild im Namen der britischen Regierung „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ versprach.

Nach der Debatte am Montag wurde der geänderte Antrag in allen Kammern angenommen: bei den Bischöfen mit 25 zu 0 Stimmen bei fünf protokollierten Enthaltungen; bei den Geistlichen mit 115 zu 20 Stimmen bei 30 protokollierten Enthaltungen; und bei den Laien mit 113 zu 27 Stimmen bei 35 protokollierten Enthaltungen.

Der Bischof von Lichfield, Dr. Michael Ipgrave, ehemaliger Vorsitzender des Rates der Christen und Juden, erklärte anschließend: „Ich bin froh, dass wir den Änderungsantrag angenommen haben, mit dem das Wort ‚empfangen‘ durch ‚hören‘

ersetzt wird, aber ich hoffe, dass wir uns über die Bedeutung dieser Änderung im Klaren sind.“

„Wenn dies mehr als nur eine kosmetische Maßnahme sein soll, muss das bedeuten, dass wir zwar anerkennen, dass das Kairos-II-Dokument aus dem Trauma des palästinensischen Volkes hervorgegangen ist, wir jedoch nicht alle darin enthaltenen Formulierungen als Sprache anerkennen, die wir als Kirche für uns selbst akzeptieren.“

Der endgültige Antrag lautete:

Dass diese Synode dem Aufruf der palästinensischen Christen folgt, sich solidarisch mit ihnen und ihren palästinensischen Mitbürgern im gewaltfreien Widerstand gegen die anhaltende Besatzung zu zeigen. Wir beklagen den Verlust von Menschenleben auf israelischer und palästinensischer Seite sowie die Verletzungen der Menschenwürde und der Menschenrechte auf beiden Seiten und die Vertreibung der Bevölkerung. Wir verpflichten uns zu einem besseren Verständnis der Lage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten, streben nach Frieden und Sicherheit für alle Völker dieser Länder und verfolgen alles, was zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens führt.

Insbesondere:

a) lehnen wir Antisemitismus, Feindseligkeit gegenüber Muslimen und alle Formen von Vorurteilen aufgrund der Religionszugehörigkeit und der ethnischen Herkunft ab;

b) fördern wir den historischen Beitrag der Kirche zum Antisemitismus und zur aktuellen Lage des palästinensischen Volkes reumütig anzuerkennen, unser Engagement für den interreligiösen Dialog, einschließlich des christlich-jüdischen Dialogs, zu bekräftigen und ein tieferes Verständnis des Judentums und anderer Glaubensrichtungen;

c) beten wir für alle Opfer der aktuellen Konflikte in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten sowie für einen dauerhaften Frieden;

d) nehmen wir die „Kairos-Palästina-Erklärung“ (2009), den „Schrei nach Hoffnung“ (2020), den „Aufruf zur Umkehr“ (2023) und „Kairos-Palästina II“ (2025) als eindringliche Zeugnisse der Lebenserfahrungen palästinensischer Christen zur Kenntnis

und:

i. regen wir die Church of England auf allen Ebenen dazu an, sich mit diesen Dokumenten auseinanderzusetzen, um ein besseres Verständnis der Situation zu erlangen;

ii. ersuchen wir die Abteilung für Glauben und öffentliches Leben, Materialien zu empfehlen, die es den Diözesen und Ortsgemeinden ermöglichen, ein umfassendes Verständnis der Situation zu fördern und durch Gebet, theologische

Auseinandersetzung, Fürsprache und praktische Unterstützung auf die Arbeit der Episkopalkirche der Diözese Jerusalem und anderer Kirchen im Dienst am Volk Israels und in den besetzten palästinensischen Gebieten zu reagieren;

e) regen wir die Church of England auf allen Ebenen dazu an, sich mit diesen Dokumenten auseinanderzusetzen, um ein besseres Verständnis der Situation zu erlangen, und dabei den Dialog mit jüdischen und muslimischen Vertretern fortzusetzen, um Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden und Versöhnung zu fördern;

f) rufen wir kirchliche Investoren dazu auf, einen wegweisenden Ansatz für verantwortungsbewusstes Investieren in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete umzusetzen und zu demonstrieren, und:

i. ihre Investitionspolitik im Lichte des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 zur Rechtswidrigkeit der Besetzung palästinensischer Gebiete zu überprüfen;

ii. fordern wir die Kirchenkommissare und den Rentenausschuss der Church of England auf, alle drei Jahre über die Fortschritte und Erfolge ihrer Maßnahmen Bericht zu erstatten;

iii. die oben genannten Gremien sollen die EIAG dabei unterstützen, Leitlinien für Investoren der Church of England im weiteren Sinne zu erarbeiten, wie Menschenrechtsrisiken im Zusammenhang mit besetzten Gebieten und Konflikten zu bewältigen sind.

g) fordern wir die Regierung Seiner Majestät auf, sich dringend für einen dauerhaften Frieden in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten einzusetzen, der allen Beteiligten Sicherheit und Schutz gewährleistet und die Rechte sowie die angeborene Würde aller Menschen wahrt.“